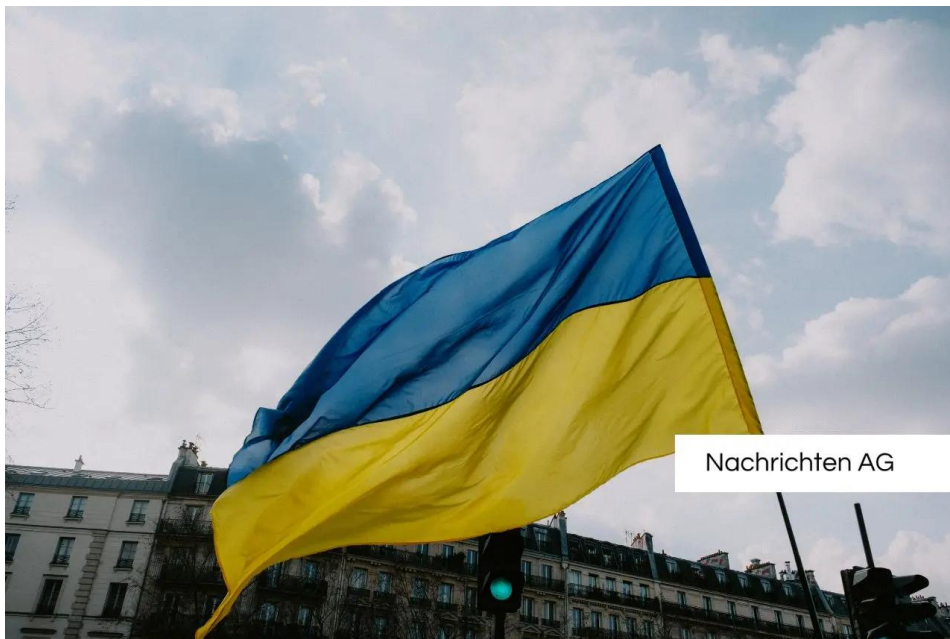


Kreis Bad Kreuznach: Wohnraummangel gefährdet das Menschenrecht!

In Bad Kreuznach diskutiert der Kreistag am 28.02.2025 über bezahlbaren Wohnraum und neue Wohnbauprojekte zur Verbesserung der Situation.



Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum im Kreis Bad Kreuznach ist ein drängendes Problem, das jüngst im Kreistag erörtert wurde. Diese Diskussion fand am Tag nach der Bundestagswahl statt, was den politischen Druck auf das Thema erhöht. Laut der Rhein-Zeitung wird nun geprüft, ob der kommunale Wohnungsbau die prekäre Situation verbessern kann. Historisch gesehen war die frühere Kreissiedlungsgesellschaft maßgeblich an der Schaffung von Wohnraum beteiligt, beispielsweise mit den Reihenhäusern, die in den 1970er-Jahren in Hüffelsheim entstanden sind.

Bezahlbares Wohnen wird zunehmend als Menschenrecht betrachtet. Allerdings ist dieser Anspruch in Bad Kreuznach und

anderen mittleren Städten gefährdet. Die angespannte Lage betrifft nicht nur städtische Gebiete, sondern auch ländliche Regionen und kleinere Städte. Dies trifft nicht nur Haushalte mit niedrigem Einkommen, sondern auch Familien, die sich adäquaten Wohnraum oft nicht mehr leisten können. In diesem Kontext wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, möglicherweise in Kooperation mit dem benachbarten Kreis Mainz-Bingen, um die Situation gezielt zu verbessern.

Leerstand und innovative Wohnkonzepte

Ein wichtiger Bestandteil der Strategie zur Schaffung neuen Wohnraums ist die Beseitigung von Leerstand. Viele Orte im Kreis verzeichnen leerstehende Immobilien, die genutzt werden könnten, um das Ortsbild zu verschönern sowie Wohnraum zu gewinnen. Die SPD Bad Kreuznach fordert Unterstützung von Gemeinden und Verbandsgemeinden, um diese Strategien effektiv umzusetzen. Insbesondere die Schaffung von Leerstandskatastern in allen Städten und Gemeinden, die dann gemeinsam im Kreis zusammengeführt werden sollen, könnte ein erster Schritt sein.

Darüber hinaus fordert die Initiative eine Erleichterung bei den Sanierungs- und Abbruchmaßnahmen in den Ortszentren, um attraktiven Wohnraum zu schaffen. Ein weiteres Ziel ist die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus, um einkommensschwachen Familien den Zugang zu hochwertigen Wohnungen zu ermöglichen. Innovative Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser und barrierefreies Wohnen sollten ebenfalls in die Planungen einfließen.

Politische Maßnahmen und der Markt

Die Bundesregierung hat bereits auf die Herausforderungen im Wohnungsbau reagiert, die durch wirtschaftliche Faktoren wie die gestiegenen Zinsen und Baukosten bedingt sind, insbesondere nach dem russischen Angriff auf die Ukraine. Der

Wohnungsneubau in Deutschland hat zwar einen Anteil von 57 % am gesamten Bauvolumen, doch die Situation bleibt angespannt. Die Bauzinsen sind seit Ende 2023 gesunken, was zur Stabilisierung des Marktes beitragen könnte. Dennoch ist die Preisentwicklung für Neubauten von etwa 3,1 % im vierten Quartal 2024 im Vergleich zum Vorjahresquartal ein weiterer Indikator für die schwierige Gesamtlage.

Statistiken zeigen, dass bundesweit zum Stichtag 15. Mai 2022 rund 1,9 Millionen Wohnungen leerstanden, was 4,5 % des Gesamtbestands entspricht. Auch die Eigentumsquote variiert stark, wobei die Zahlen für 2022 bei 43,7 % lagen. Der soziale Wohnungsbau erhielt 2023 eine Förderung von 49.591 Wohneinheiten, was einem Anstieg von 21 % gegenüber dem Vorjahr entspricht, obwohl der Gesamtbestand von Sozialmietwohnungen im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen ist. An dieser Stelle müssen die politischen Verantwortlichen ebenfalls sicherstellen, dass die Entwicklungen im Wohnungsbau nicht zum Nachteil der Bevölkerung im Kreis Bad Kreuznach gehen.

Details	
Quellen	• www.rhein-zeitung.de • spd-kreis-badkreuznach.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net